

## "Nur noch vier Tage!" in Neue Zeit (4. Februar 1950)

**Legende:** Am 4. Februar 1950, kurz vor der Eröffnung der deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarfrage in Paris, fragt die saarländische kommunistische Neue Zeit nach der politischen und wirtschaftlichen Zukunft des Saargebiets.

**Quelle:** Neue Zeit : Zeitung des schaffenden Volkes an der Saar. Organ der Kommunistischen Partei. 04.02.1950, Nr. 15; 5. Jg. Saarbrücken: Kommunistische Partei - Landesverband Saar.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"nur\\_noch\\_vier\\_tage\\_"\\_in\\_neue\\_zeit\\_4\\_februar\\_1950-de-be3bb5a7-597f-4f5b-a07a-e92448950715.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Nur noch vier Tage!

### Von Fritz Nickolay

Die Regierung des Saarlandes trifft die letzten Vorbereitungen zur Reise nach Paris.

Die Gefolgschaft der Regierung, bestehend aus den Vertretern der Anschlußparteien und Gewerkschaften, hat ihre letzten Anweisungen erhalten und packt ihre Koffer.

Angesichts der bevorstehenden Pariser Verhandlungen, die am 7. Februar beginnen, stehen wir am Vorabend schwerwiegender Entscheidungen für die Zukunft unserer Saarheimat. Die Bevölkerung weiß nichts über den Sinn und Inhalt der Staatsverträge, die durch die Pariser Verhandlungen abgeschlossen werden sollen.

Stimmen wurden laut, alles sei bereits entschieden und es bedürfe nur noch der notwendigen Unterschriften. Wir seien von der „Last“ befreit, die Saargruben und Eisenbahnen selbst verwalten zu müssen.

Die Meinung besteht, daß das Saargebiet die Arbeiter stellen soll, während die anderen, die „Berufenen“ die „Qualifizierten Kräfte“ die Verwaltung übernehmen.

Die vertragsmäßige „Nutznießung“ der Saargruben und Eisenbahnen sowie die „Rechte der Saarregierung“ sollen in Paris durch den Abschluß der Staatsverträge festgelegt werden.

So formulierte der Außenminister **Schuman** die Aufgabe der Pariser Verhandlungspartner. Wir stellen die Frage, geschieht dadurch nicht mehr? Die Verpachtung der Saargruben und Eisenbahnen liegt nicht im Interesse unseres Volkes. Durch den Abschluß dieser Staatsverträge führt der Weg des wirtschaftlichen Anschlusses der Saar zur weiteren Verflechtung der französischen mit der saarländischen Wirtschaft.

Diese Entwicklung ist und bleibt nicht ohne politische Folgen. Dahinter verbirgt sich mehr. Da hilft auch das Gerede von der Autonomie nichts, die sowieso nur verwaltungsmäßig zum Ausdruck kommt oder eine Auftragsverpflichtung darstellt, die von der französischen Regierung übertragen wird. Von der Regierung, die bereits das ganze Wirtschaftszentrum in ihrer Hand hat.

Niemals wird das Saargebiet wirtschaftlich, politisch und kulturell autonom sein. Es hat wirtschaftliche, strukturelle, politische, sprachliche und kulturelle Eigenarten wie andere deutsche Gebiete, wobei die besondere Lage als Grenzgebiet nicht übersehen wird. Die historische Entwicklung außer acht zu lassen und jeder Versuch etwas anderes zu wollen oder zu konstruieren muß Gegensätze und Widerstand hervorrufen, weil das nationale Empfinden unseres Volkes verletzt und die Interessen derselben nicht beachtet werden.

Die Kommunistische Partei wendet sich gegen jede separatistische und autonomistische Politik, weil diese im Gegensatz zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands steht.

Die Potsdamer Beschlüsse umreißen Deutschland als „wirtschaftliches Ganzes“. Zu diesem Deutschland gehört auch die Saar. Von diesem Standpunkt kann uns niemand abbringen.

Die hier geübte wirtschaftliche und politische Praxis der Regierung und Anschlußparteien steht nicht im Einklang mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, wie wir das schon so oft betont haben. Die Rechtsgrundlage für das deutsche Volk zur demokratischen Neuordnung Deutschlands wurde gerade durch die Potsdamer Beschlüsse geschaffen.

Mit dem Abschluß der Staatsverträge will man neue Tatsachen schaffen. Neue Tatsachen dieser Art erschweren aber den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Diese Politik ist ein Bestandteil der Politik der Westmächte in der Deutschlandfrage, die wechselseitig auftritt und von den Kräften des amerikanischen Monopolkapitals gelenkt wird.

Die Saar ist eines der Objekte der amerikanischen imperialistischen Politik, durch das Frankreich in das Atlantikpaktsystem einbezogen wurde.

Die Haltung des USA-Monopolkapitals ist darüber hinaus ausgerichtet Westdeutschland in das System des Atlantikpaktes einzubauen und Frankreich als Partner im antisowjetischen Kriegsplan zu haben.

Die Saargruben und Eisenbahnen, so auch die Hüttenwerke sind deutsches Eigentum. Mit dem Abschluß der Staatsverträge entgleitet es unserer Hand und geht in die einer französischen Gesellschaft oder der französischen Regierung über.

Wir haben die Jahre von 1918 bis 1935 nicht vergessen. Wieso sollte es in der Gegenwart besser sein? Haben sich die Machtverhältnisse in Frankreich etwa geändert? Kämpfen dort nicht die Arbeiter um ihre täglichen Forderungen? Besteht auch dort nicht der ungeheuere Widerspruch zwischen Lohn und Preis, zwischen dem ungenügenden Einkommen der Arbeiterschaft und den steigenden Preisen?

Das ist die Frage, die die gesamte Arbeiterklasse angeht. Wer hat die Wirtschaft, wer hat die Banken und Konzerne in der Hand? Wer regiert in Frankreich? Nicht die Arbeiter, die um ihr tägliches Brot, um ein besseres Leben, um die Freiheit und nationale Selbständigkeit Frankreichs kämpfen.

Wir fühlen uns mit den französischen Arbeitern in Einheit verbunden. Nicht der Abschluß von Staatsverträgen interessiert sie, sondern die Sicherung des Friedens und die Verständigung und Zusammenarbeit der Völker. Sie sind mit uns der Meinung, daß die Industrie in die Hand des Volkes gehört. So sagen wir mit ihnen zu dem Abschluß der Staatsverträge ein entschiedenes „Nein!“